

Markt Eggolsheim

NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE ÖFFENTLICHE SITZUNG DES MARKTGEMEINDERATES

Sitzungsdatum:	Dienstag, 23.03.2021
Beginn:	18:15 Uhr
Ende	19:02 Uhr
Ort:	Veranstaltungssaal der Eggerbach-Halle

ANWESENHEITSLISTE

Erster Bürgermeister

Schwarzmann, Claus

Mitglieder des Marktgemeinderates

Albert, Martin

Arneth, Josef

Distler, Martin

Dittmann, Hans-Jürgen, Dr.

Dittmann, Monika

Eismann, Georg

Fischer, Rudolf

Fronhöfer, Agnes

Grieb, Christian

Heckmann, Irmgard

Jung, Frederik

Knorr, Harald, Dr.

Koy, Arnulf

Maier, Johannes

Nagengast, Wolfgang

Nistelweck, Ulrike

Stang, Reinhard, Dr.

Zehner, Zacharias

Presse

Och, Marquardt

Abwesende und entschuldigte Personen:

Mitglieder des Marktgemeinderates

Dormann, Christian	entschuldigt
--------------------	--------------

Pfister, Stefan	entschuldigt
-----------------	--------------

Ortssprecher

Bürger, Harald	entschuldigt
----------------	--------------

Mühlmichl, Uwe	entschuldigt
----------------	--------------

Presse

Hubele, Sylvia	abwesend
----------------	----------

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

Aufnahme eines Tagesordnungspunktes in den öffentlichen Teil

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung des Marktgemeinderates vom 09.02.2021 (ö.T.)
2. Sportzentrum Eggolsheim - Energieversorgung und Rahmenplan
3. Ehem. Gasthaus Eismann Kauernhofen - zukünftige Nutzungs- bzw. Verwendungsmöglichkeiten
4. Änderung der Richtlinien zur Vergabe von Baugrundstücken durch den Markt Eggolsheim
5. Antrag der Marktgemeinderäte der Jungen Bürger Markt Eggolsheim
Aufstufung der Gemeindeverbindungsstraße Tiefenstürmig – Kalteneggolsfeld/Dürrbrunn („Bergstraße“) zur Kreisstraße
6. Anfrage OV Eggolsheim Bündnis 90 / DIE GRÜNEN Eggolsheim zu Gewässerunterhalt und Gehölzpflegemaßnahmen
7. Vorstellung Projektabschluss: Fairer leben - Fair erleben in Eggolsheim!
8. Wünsche und Anfragen
 - 8.1 Leerstandslotsen für die Ortschaften im Markt Eggolsheim
 - 8.2 Anfragen der Marktgemeinderäte
9. Windkraftanlagen im Markt Eggolsheim und den Nachbarkommunen - akt. Sachstand

Erster Bürgermeister Claus Schwarzmann eröffnet um 18:15 Uhr die öffentliche Sitzung des Marktgemeinderates, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Marktgemeinderates fest.

ÖFFENTLICHER TEIL

Aufnahme eines Tagesordnungspunktes in den öffentlichen Teil

Beschluss:

TOP 9 „Windkraftanlagen im Markt Eggolsheim und den Nachbarkommunen - akt. Sachstand“ wird aufgrund Wegfalls der Gründe für die Nichtöffentlichkeit nun im öffentlichen Teil behandelt.

Einstimmig beschlossen Ja 18 Nein 0 Anwesend 18

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung des Marktgemeinderates vom 09.02.2021 (ö.T.)

Beschluss:

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Marktgemeinderates wurde allen Mitgliedern des Marktgemeinderates über das Ratsinformationssystem zur Verfügung gestellt bzw. zugesandt. Bedenken gegen die Niederschrift wurden nicht erhoben. Sie gilt somit als genehmigt.

Einstimmig beschlossen Ja 18 Nein 0 Anwesend 18

2. Sportzentrum Eggolsheim - Energieversorgung und Rahmenplan

Die Energieversorgung am Sportzentrum Eggolsheim wurde vom Institut für Energietechnik aus Amberg untersucht, speziell auch im Hinblick auf die Wärmeversorgung, die möglicherweise zentral erfolgen könnte. Darüber hinaus wurde die Abnahmesituation für PV-Strom untersucht. Die Präsentation mit Erläuterungen von Herrn Pickel vom IfE konnte vorab eingesehen werden.

Beschluss:

Der Marktgemeinderat beschließt, dass die Wärmeversorgung am Sportzentrum Eggolsheim für das Sportheim und den künftigen Kindergarten mittels einer zentralen Hackschnitzelheizung erfolgen soll. Der Anschluss an diese Wärmeversorgung soll auch der Bundeskegelbahn sowie dem Schützenheim ermöglicht werden.

Die Möglichkeit, Parkplatzflächen zu überdachen und mit einer Photovoltaikanlage Strom zu erzeugen soll mangels Wirtschaftlichkeit nicht weiterverfolgt werden.

Einstimmig beschlossen Ja 18 Nein 0 Anwesend 18

3. Ehem. Gasthaus Eismann Kauernhofen - zukünftige Nutzungs- bzw. Verwendungsmöglichkeiten

Die Nutzung des ehemaligen Gasthauses Eismann in Kauernhofen für die Dorfgemeinschaft wurde zuletzt in der Klausurtagung des Marktgemeinderates und in den Sitzungen des Marktgemeinderates vom 09.04.2019 und 24.09.2019 behandelt. Im Ergebnis wurde nach vorher geführten Gesprächen mit der Dorfgemeinschaft vereinbart, dass ein Bauantrag für die Nutzungsänderung mit dem Ziel gestellt wird, die Liegenschaft mit seinen ehemaligen Gasträumen für regelmäßige Treffen (Stammtisch), Vereinssitzungen und Sonderveranstaltungen zu nutzen.

Im Rahmen der Antragsprüfung sind lt. Landratsamt verschiedene Aspekte nun neu zu bewerten. Es kann sich nicht auf die frühere Nutzung als Gasthaus gestützt werden. So sind Erkenntnisse aus dem Brandschutzkonzept umzusetzen, eine Immissionsschutzrechtliche Untersuchung durchzuführen und abstandsrechtliche Vorgaben einzuhalten. Im Sommer und Herbst des letzten Jahres sowie zuletzt zu Beginn dieses Jahres fanden Begehungen statt, bei denen der technische Zustand aufgenommen und der notwendige Sanierungsaufwand ermittelt wurde.

Die sich daraus ergebenden Sachverhalte sind nicht erfreulich und bergen finanzielle Risiken. Mit der Dorfgemeinschaft (Vertreter Dorfverein, FFW, Soldaten- und Reservistenverein) und den beiden Vertreterinnen im Marktgemeinderat (Irmgard Heckmann und Ulrike Nistelweck) wurde deshalb der Sachstand vorweg in einem Treffen am 23.02.2021 erläutert. Dies auch gegenüber dem Marktgemeinderat in der heutigen Sitzung.

Als Fazit kann mitgeteilt werden, dass der Gebäudekomplex des ehemaligen Gasthauses Eismann für die angestrebte Nutzungsintensität reichlich überdimensioniert ist. Damit verbunden sind immense Unterhalts- und Sanierungsaufwendungen. Der bauliche Zustand ist mitunter desolat und erfordert aktuell eine nahezu sechstellige Summe, um überhaupt die vorgesehene Genehmigung zur angestrebten Nutzung zu erhalten. Damit ist jedoch nur das Nötigste getan. Weitere, hohe Investitionen in die Gebäudesubstanz- und -technik sind in den nächsten Jahren mit großer Sicherheit zu tätigen.

Ist erst einmal investiert, so wäre man in Zugzwang, was die weitere Instandhaltung usw. betrifft und es könnte sich ein Fass ohne Boden auf tun. Aktuell wäre noch der richtige Zeitpunkt, um den eingeschlagenen Weg zu überdenken und weitere Möglichkeiten zu prüfen. Folgende Fragen stellen sich:

- Was wird gebraucht, was ist machbar?
- Wo soll investiert werden?
- Welche Möglichkeiten gibt es in Kauernhofen?
- Welche Synergien lassen sich nutzen?

Bei einer Begehung der Marktgemeinde mit Vertretern des Amtes für ländliche Entwicklung im Mai 2019 wurden verschiedene Fördermöglichkeiten für Kauernhofen besprochen. Im Rahmen der Förderinitiative Innen statt Außen könnte der Abriss des ehemaligen Gasthauses gefördert werden. Auch auf dem Gelände des Feuerwehrhauses gäbe es Möglichkeiten. Das leerstehende Wohnhaus könnte mit Förderung abgebrochen und die dahinterliegende Scheune für die Dorfgemeinschaft hergerichtet werden. Ein vorgelagerter Funktionsbau würde Sanitäre Anlagen und eine kleine Küche aufnehmen. Entsprechende Projektanmeldungen wurden seitens der Verwaltung bereits 2019 an das ALE eingereicht.

Bei der Berechnung des Alters der Kinder ist der Zeitpunkt der Antragstellung maßgebend. Die für Kinder max. zu vergebenden Punkte sind 25 Punkte.“

Das Baukindergeld in Höhe von 2.000 € wird für Kinder bis zum 16. Lebensjahr gewährt.

Der unter 3.4 (Sicherung im Grundbuch) genannte Höchstbetrag der Grundpfandrechte wird auf 600.000 € erhöht.

Unter 1.4 Finanzierungssicherheit ist folgender Satz 2 hinzuzufügen:

„Die gesicherte Finanzierung ist spätestens bis zur Vergabe des Baugrundstücks durch den Marktgemeinderat mit einer schriftlichen Bestätigung der finanzierenden Bank nachzuweisen.

Ansonsten kann die Bewerbung nicht berücksichtigt werden.“

Folgender neuer Punkt 3.6 (unter 3. Bedingungen und Auflagen) wird aufgenommen:

„Die bei der Punktevergabe berücksichtigten Bewerber müssen auch die Käufer sein, ansonsten wird die Punktebewertung auf den Käufer angepasst. Die dadurch veranlasste evtl. Änderung der Vergabereihenfolge geht zu Lasten der Bewerber.“

Weiterhin wird das maximale Jahreseinkommen neu festgelegt auf 63.733,35 € (eine Person) und auf 127.466,70 € (zwei Personen).

Einstimmig beschlossen Ja 19 Nein 0 Anwesend 19

gravierenden Schäden, die Gemeindeverbindungsstraße Tiefenstürmig – Kalteneggolsfeld/Dürrbrunn mit Fördermitteln der ländlichen Entwicklung zu einem „ländlichen Kernweg“ auszubauen.

Die Gemeindeverbindungsstraße Tiefenstürmig – Kalteneggolsfeld/Dürrbrunn stellt über die Landkreisgrenze hinweg die direkte Verbindung der beiden Nachbargemeinden Markt Heiligenstadt i. OFr. und Markt Eggolsheim und darüber hinaus dar. Zwar ist diese Gemeindeverbindungsstraße verkehrlich nicht stark belastet, jedoch kann unabhängig davon im straßenrechtlichen Sinne von einer überörtlichen Verkehrsbedeutung der Straße mit einer Austauschfunktion zwischen den Gemeinden Markt Heiligenstadt i. OFr., Markt Eggolsheim und Unterleinleiter sowie den beiden Landkreisen Bamberg und Forchheim gesprochen werden. Die Bewohner der Gemeinden Markt Heiligenstadt i. OFr. und Unterleinleiter sowie auch weiteren Gemeinden der Fränkischen Schweiz (z. B. Aufseß) nutzen die Gemeindeverbindungsstraße Tiefenstürmig – Kalteneggolsfeld/Dürrbrunn im Sinne einer Anbindung, um auf direktem und schnellstem Weg die Autobahn A 73 oder den Norden von Forchheim zu erreichen.

Antragsgegenstand:

Aus der tatsächlichen verkehrlichen Bedeutung und der überörtlichen Verbindungs- und Austauschfunktion zwischen den beteiligten Landkreisen und Gemeinden heraus ist zu hinterfragen, ob die Gemeindeverbindungsstraße Tiefenstürmig – Kalteneggolsfeld/Dürrbrunn in die eigentlich ihrer Verkehrsbedeutung gerecht werdende Straßenklasse eingestuft ist. Im Bayerischen Straßen- und Wegegesetz (BayStrWG) werden die Straßenklassen und ihre Verkehrsbedeutung definiert.

Eine Gemeindeverbindungsstraße erfüllt dabei gemäß Art. 46 Nr. 1 folgende Kriterien:

„Gemeindeverbindungsstraßen [...] sind Straßen, die den nachbarlichen Verkehr der Gemeinden oder der Gemeindeteile untereinander oder deren Verbindung mit anderen Verkehrswegen vermitteln.“

Eine Kreisstraße erfüllt dabei gemäß Art. 3 Abs. 1 Nr. 2 folgende Kriterien:

„Kreisstraßen [...] sind Straßen, die dem überörtlichen Verkehr innerhalb eines Landkreises, dem Verkehr zwischen benachbarten Landkreisen und kreisfreien Gemeinden oder dem erforderlichen Anschluß von Gemeinden an das überörtliche Verkehrsnetz dienen oder zu dienen bestimmt sind; sie sollen mindestens an einem Ende an eine Bundesfernstraße, Staatsstraße oder andere Kreisstraße anschließen.“

Sofern die hier genannten Voraussetzungen für die jeweilige Straßenklasse nicht erfüllt werden, eröffnet das Bayerische Straßen- und Wegegesetz die Möglichkeit, Straßen in eine andere Straßenklasse umzustufen, also in eine niederrangigere Straßenklasse abzustufen oder in einer höherrangige Straßenklasse aufzustufen. So lautet Art. 7 Abs. 1 BayStrWG:

„¹Hat sich die Verkehrsbedeutung einer Straße geändert, so ist sie in die entsprechende Straßenklasse(Art. 3) umzustufen (Aufstufung, Abstufung). ²Das gleiche gilt, wenn eine Straße nicht in die ihrer Verkehrsbedeutung entsprechende Straßenklasse eingeordnet ist oder überwiegende Gründe des öffentlichen Wohls für die Umstufung vorliegen.“

Für eine Umstufung ist es unerheblich, welche Verkehrsbelastung (Fahrzeuge pro Tag) auf der jeweiligen Straße vorliegt. Von Bedeutung ist maßgebend die Verkehrsbedeutung einer Straße, die sich aus den zugrundeliegenden Verkehrsverbindungen zwischen Gemeinden und Landkreisen ableitet. Eine Umstufung ist unabhängig vom Einvernehmen der beteiligten Seiten durchzuführen, wenn sich die Verkehrsbedeutung einer Straße geändert hat oder sie nicht ihrer eigentlichen Verkehrsbedeutung entsprechenden Straßenklasse eingestuft ist. Diese Umstufung könnte bei fehlendem Einvernehmen der Beteiligten auch aufsichtlich erwirkt werden. Beteiligt an der Aufstufung der Gemeindeverbindungsstraße Tiefenstürmig – Kalteneggolsfeld/Dürrbrunn sind der Landkreis Forchheim, der Landkreis Bamberg, der Markt Heiligenstadt i. OFr., der Markt Eggolsheim und die Gemeinde Unterleinleiter.

Mit dem vorliegenden Antrag soll die Gemeindeverwaltung des Marktes Eggolsheim beauftragt werden,

zunächst eine **rechtliche Prüfung der Aufstufung** der Gemeindeverbindungsstraße Tiefenstürmig – Kalteneggolsfeld/Dürrbrunn zur Kreisstraße vorzunehmen. Eine enge **Abstimmung mit den Beteiligten**, konkret dem Landkreis Forchheim, dem Landkreis Bamberg, dem Markt Heiligenstadt i. OFr. und der Gemeinde Unterleinleiter ist empfehlenswert.

Sollte die Prüfung der Gemeindeverwaltung des Marktes Eggolsheim eine Aufstufung befürworten, soll der Markt Eggolsheim im nächsten Schritt beim Landkreis Forchheim den **Antrag auf Aufstufung** der Gemeindeverbindungsstraße Tiefenstürmig – Kalteneggolsfeld/Dürrbrunn einreichen.

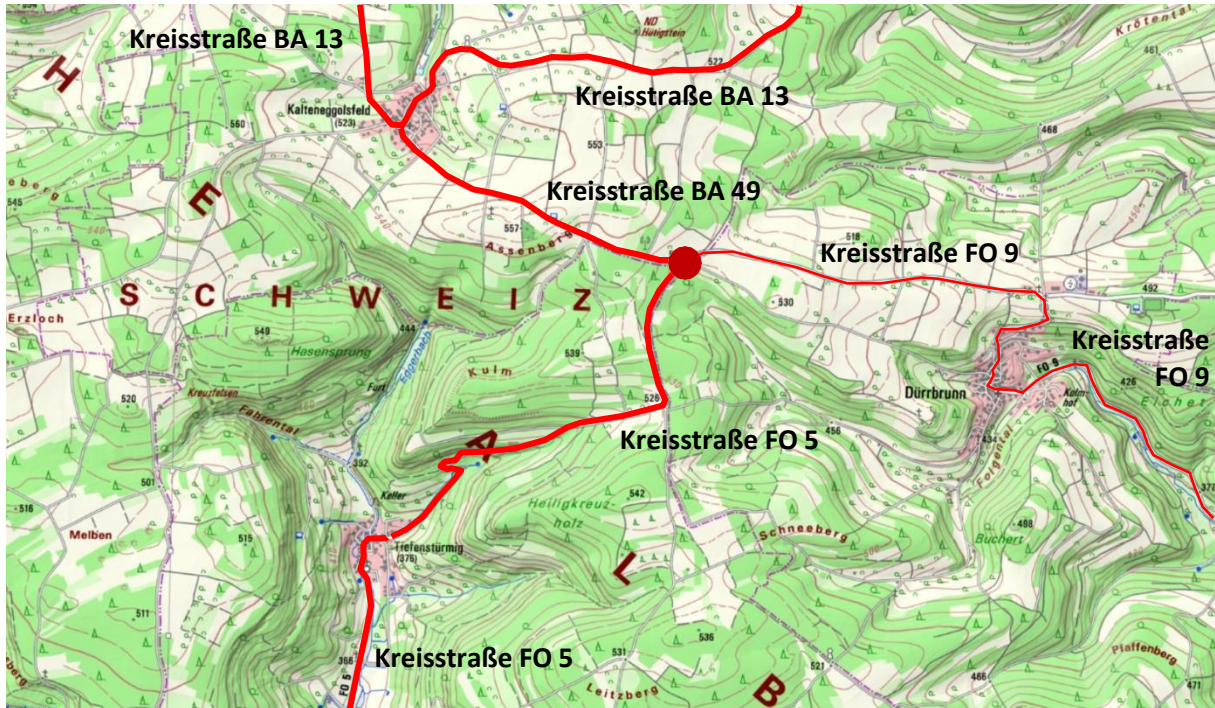


Abbildung 2: Übersichtskarte mit einem möglichen Umstufungskonzept für die künftige Situation mit Hervorhebung der maßgebend betroffenen Straßen (Quelle: BayernAtlas, 2021)

Als Umstufungskonzept könnte der Markt Eggolsheim einbringen, die bestehende und heute in Tiefenstürmig endende Kreisstraße FO 5 bis zur Landkreisgrenze zu verlängern. An der Landkreisgrenze könnte diese dann in eine Kreisstraße des Landkreises Bamberg (z. B. BA 49) übergehen und in Kalteneggolsfeld in die bestehende Kreisstraße BA 13 münden. In diesem Zusammenhang wäre auch die Verlängerung der heute in Dürrbrunn endenden Kreisstraße FO 9 bis zu diesem Übergangspunkt eine Option.

Vorteile für den Markt Eggolsheim:

Mit der Aufstufung der Gemeindeverbindungsstraße Tiefenstürmig – Kalteneggolsfeld/Dürrbrunn zur Kreisstraße geht sowohl die **Straßenbaulast** als auch die **Straßenunterhaltungslast** vom Markt Eggolsheim an den Landkreis Forchheim über.

Das bedeutet, dass der Markt Eggolsheim nach der Abgabe der Bau- und Unterhaltslast **keinerlei Investitionen** mehr in die Straße tätigen muss, sondern diese dann allein beim Landkreis Forchheim liegen. Eine Finanzierung durch den Landkreis Forchheim trägt auch der Tatsache Rechnung, dass die heutige Gemeindeverbindungsstraße Tiefenstürmig – Kalteneggolsfeld/Dürrbrunn nur zu einem geringen Teil von Gemeindebürgern des Marktes Eggolsheim genutzt wird. Die Straße **dient maßgeblich dem überörtlichen Verkehr** der Gemeindebürger des Marktes Heiligenstadt i. OFr., der Gemeinde Unterleinleiter und der Gemeinde Aufseß. Die Finanzierung einer Straße, die in erster Linie den **Gemeindebürgern anderer Gemeinden dient**, liegt dann nicht mehr beim Markt Eggolsheim.

Mit der Aufstufung zur Kreisstraße geht für den Markt Eggolsheim lediglich ein **einmaliger Ablösebei-**

trag an den Landkreis Forchheim einher. Dieser einmalige Ablösebeitrag orientiert sich an den Kosten, die der Markt Eggolsheim für eine Instandsetzung der Gemeindeverbindungsstraße zu verausgaben hätte.

Der Landkreis Forchheim würde den Ablösebeitrag des Marktes Eggolsheim dafür aufwenden, um die dann aufgestufte Straße mit **zusätzlichen Landkreisgeldern** in einem angemessenen Rahmen auszubauen, um den heutigen Anforderungen und der Verkehrsbedeutung zu genügen. Dies bedeutet einen entsprechend **tragfähigen und langlebigen Fahrbahnaufbau** sowie eine **Mindestbreite**, die das **durchgehend sichere Begegnen zweier Fahrzeuge** ermöglicht. Das mühelose Begegnen zweier Fahrzeuge wäre bei einem Ausbau als „ländlicher Kernweg“ durch den Markt Eggolsheim nur an den geplanten, aufgeweiteten Ausweichbuchten möglich.

Für den Markt Eggolsheim erübrigen sich durch eine Aufstufung die Gedanken an die technische Umsetzung eines Ausbaus zum „ländlichen Kernweg“. Mittel- und langfristig stehen für den Markt Eggolsheim keine Investitionen in die Straße mehr an. Damit verbundene etwaige Sorgen aufgrund des fortwährend hohen Investitionsbedarfs in die Unterhaltung spielen dann für den Haushalt des Marktes Eggolsheim keine Rolle mehr.

Von den Vorteilen, die sich durch eine Aufstufung der Gemeindeverbindungsstraße Tiefenstürmig – Kalteneggolsfeld/Dürrbrunn für den Markt Eggolsheim ergeben, **profitieren gleichermaßen auch die Nachbargemeinden** Markt Heilgenstadt i. OFr. und Unterleinleiter.

Für den Antrag

Zacharias Zehner und Martin Albert

Stellungnahme der Verwaltung:

Aus Sicht der Gemeindeverwaltung gibt es noch folgende Punkte zu berücksichtigen, die eher gegen eine Aufstufung sprechen würden:

1. Sicher wäre mit der Aufstufung zur Kreisstraße die Straßenbaulast der jetzigen GVS nicht mehr beim Markt Eggolsheim. Dennoch ist bei „Übertragung“ an den Landkreis eine Ablöse zu entrichten, durch die ein entsprechender Ausbau mitfinanziert wird. Die dadurch für den Markt Eggolsheim fällige finanzielle Belastung wäre erheblich und erst nach einem sehr langen Zeitraum als positiv zu bewerten.
2. Mit der Herstellung einer Kreisstraße würde eine gut ausgebaute Verkehrsverbindung zur Verfügung gestellt, die durch die Verkehrsteilnehmer mit Sicherheit auch als solches genutzt wird. Daher wird der Durchgangsverkehr (auch überörtlich) in den Ortschaften Tiefenstürmig und Götzendorf wachsen, die Verkehrsbelastung steigen. Dies sollte man bei den getroffenen Überlegungen mit hoher Gewichtung bedenken.
3. Die sog. Bergstraße ist Teil des Kernwegenetzkonzeptes in der Marktgemeinde. Für einen Ausbau als Kernweg würde der Markt Eggolsheim über 80 % Zuschuss vom Amt für ländliche Entwicklung erhalten. Diesbezügliche Gespräche laufen bereits seit 2019 und es besteht die Möglichkeit, diese Straße nach den entsprechenden Anforderungen innerhalb der nächsten 2 Jahre in Angriff zu nehmen.

Seitens der Verwaltung wurde der Antrag der Jungen Bürger Markt Eggolsheim an die beiden Landkreise Forchheim und Bamberg mit der Bitte um Stellungnahme weitergeleitet. Vom Landkreis Bamberg ging am 23.03.2021 folgende Stellungnahme ein:

Sehr geehrter Herr Loch,

in Abstimmung mit dem Kreiseigenen Tiefbau kann aus Sicht des Landratsamtes Bamberg ausgeführt werden:

Im Vorfeld einer Aufstufung ist nach unserer Auffassung zunächst eine Verkehrserhebung erforderlich, damit die tatsächlichen Verkehrsströme ersichtlich sind. Erst dann wäre eine Einschätzung möglich, ob die derzeitige GVS tatsächlich dem überörtlichen Verkehr dient oder lediglich als Verbindung der anliegenden Ortsteile.

Ferner ist zu berücksichtigen, dass nach unserer Einschätzung der momentane Fahrbahnquerschnitt nicht ausreichend ist um einen sicheren Begegnungsverkehr (auch mit LKWs) zu gewährleisten. Die Aufstufung ist dahingehend nur möglich, wenn die Straße auch baulich die Voraussetzungen einer Kreisstraße erfüllt.

Nach Prüfung der Sach- und Rechtslage ist aufgrund der momentanen Verhältnisse aus Sicht der Unteren Straßenverkehrsbehörde und dem künftigen Straßenbaulastträger eine Aufstufung der GVS Tiefenstürmig - Kalteneggolsfeld/Dürrbrunn nicht möglich.

Mit freundlichen Grüßen
Matthias Wolf

Landratsamt Bamberg
Fachbereich 32 Straßenverkehr
Ludwigstraße 23
96052 Bamberg

Vom Landkreis Forchheim haben wir noch keine Stellungnahme erhalten.

Beschluss:

Der Antrag der Jungen Bürger wurde geprüft und wird nicht weiter verfolgt.

Mehrheitlich beschlossen Ja 17 Nein 2 Anwesend 19

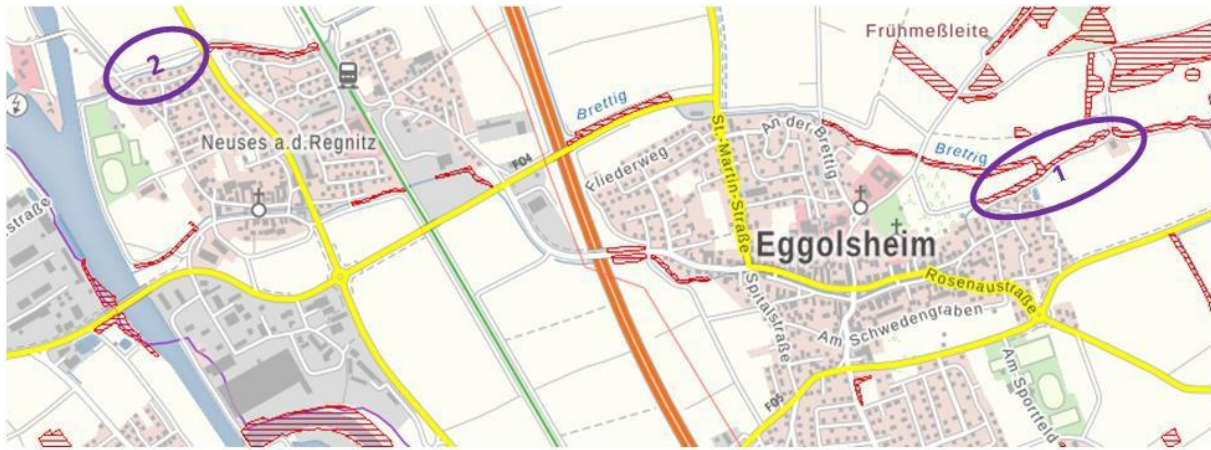
6. Anfrage OV Eggolsheim Bündnis 90 / DIE GRÜNEN Eggolsheim zu Gewässerunterhalt und Gehölzpflegemaßnahmen

Die Gemeindeverwaltung erreichte mit Schreiben vom 14.03.2021 eine Anfrage des OV Eggolsheim Bündnis 90 / DIE GRÜNEN Eggolsheim zu den in den letzten Wochen getätigten Unterhaltsmaßnahmen am Gewässer Brettig/Eggerbach. Es wird um Stellungnahme gebeten:

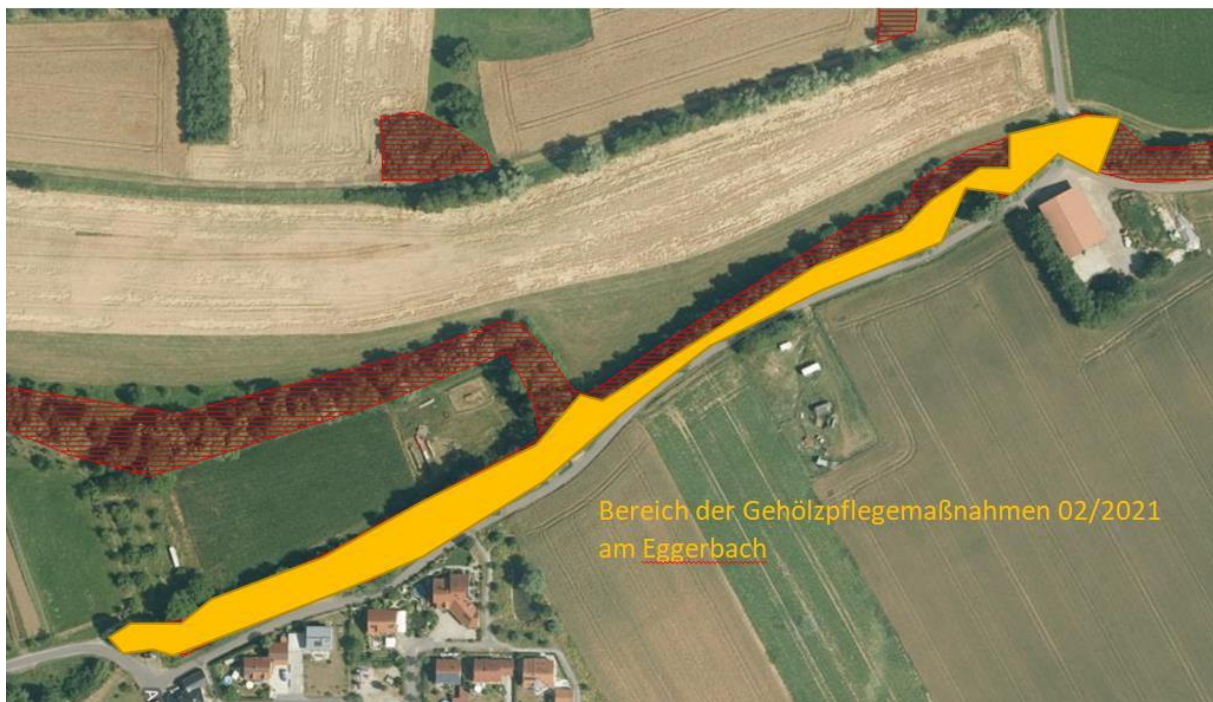
Anfrage OV Eggolsheim Bündnis 90 / DIE GRÜNEN Eggolsheim

Wir bitten die Gemeindeverwaltung und Herrn Claus Schwarzmann in der öffentlichen Marktgemeinderatssitzung vom Dienstag 23.03.2021 am Beispiel von zwei aktuellen Fällen zum Thema Gewässerunterhalt und Gehölzpflegemaßnahmen Stellung zu nehmen. In beiden Fällen handelt es sich um Gewässer III. Ordnung. Die Uferbegleitflora beider Gewässer ist zu großen Teilen in der bayerischen Biotopkartierung erfasst (rotschraffierte Flächen in den Karten).

Lage der angesprochenen Maßnahmen:



Eggerbach, Eggolsheim



Ende Februar wurden an einem weiteren Teilstück des Eggerbachs im Rahmen von Gewässerunterhaltungsmaßnahmen der Gemeinde in Nachbarschaft des Wohngebietes Am Oberen Tor/ Am Mühlwehr auf Gehölzpflegemaßnahmen durchgeführt. Die holzige Ufervegetation wurde zurückgestutzt, dabei - auf gut 400 m Länge und zur Hälfte beidseitig - die Strauchschicht auf Stock gesetzt, der Baumbestand stark ausgedünnt, z.T. ebenfalls auf Stock gesetzt und Kopfweiden zurückgeschnitten. Viele Anwohner und Passanten wurden durch die Maßnahme aufgeschreckt.

Auch wenn die Durchführung Sachverstand erkennen lässt, erscheinen im Hinblick auf Maßnahmen- umfang und Notwendigkeit Nachfragen angebracht. Unstrittig ist, dass Kopfbäume spätestens alle zehn Jahre einen Rückschnitt benötigen um vital zu bleiben. Für die restliche Ufervegetation gilt dies jedoch nicht. Im Gegenteil wird laut Landschaftspflegekonzept bei der Pflege der Ufergehölze Zurückhaltung empfohlen, um deren ökologische Wertigkeit zu erhalten. Tiefgreifende Pflegemaßnahmen, wie das Fällen und Auf-den-Stock-setzen von Gehölzen sollte schonend und nur abschnittsweise (50 bis 100 m-Abschnitte) erfolgen und nicht auf beiden

Uferseiten gleichzeitig durchgeführt werden. Für Ufergehölze wie Erlen werden Pflegeabstände von min. 20 bis 30 Jahren empfohlen.

1. Was war der Anlass für die Durchführung der Maßnahmen? Welche Ziele wurden damit verfolgt? Wurden Gelder nach LNPR* beantragt?
2. Sind die Maßnahmen genehmigungspflichtig? Wer entscheidet über Umfang und Notwendigkeit?
3. Gibt es ein zugrundeliegendes, langfristiges und schriftlich festgelegtes Pflegekonzept für Maßnahmen dieser Art (Gewässerunterhalt, Heckenpflege)?
4. Werden die Maßnahmen durch in die Thematik eingewiesene Gemeindemitarbeiter*innen durchgeführt oder durch fachkundige Fremdfirmen? Welche Weiterbildungen erhalten die gemeindlichen Mitarbeiter*innen bzgl. der Gehölzpflegemaßnahmen?

Die Bevölkerung reagiert auf Landschaftspflegemaßnahmen der Gemeinde häufig irritiert und mit Unverständnis. Frühzeitige Information und Aufklärung im Vorfeld solcher „einschneidender“ Aktionen könnte hier Abhilfe leisten. Im Rahmen von Bachpatenschaften oder Gewässernachbarschaftstagen könnten auch Naturschutzverbände und interessierte Mitbürger konstruktiv eingebunden werden.

5. Ist es möglich, die Bevölkerung zukünftig im Amtsblatt von der anstehenden Durchführung von Pflegemaßnahmen zu informieren und über die Hintergründe aufzuklären?
6. Wäre die Gemeinde grundsätzlich bereit, interessierte Bürger (z.B. Anlieger, Gartenbauverein) oder Naturschutzverbände enger in die Planungen einzubeziehen?

Rinniggraben, Neuses



Die fragliche Maßnahme am Rinniggraben in Neuses bezieht sich auf ein Teilstück von ca. 250 m parallel zur Altendorfer Straße, der nicht biotopkartiert ist. Vor ca. 9 Jahren wurde das Bachbett in diesem Bereich aus Gründen des Hochwasserschutzes verlegt und umgestaltet. Damals wurde jeglicher Bewuchs entfernt. Die Vegetation hatte sich von diesem schwerwiegenden Eingriff gerade erholt. Vor allem die wieder aufgekommenen Weiden wurden rege von Vögeln zur Brut genutzt.

*LNPR = Landschaftspflege- und Naturpark-Richtlinien (Richtlinien zur Förderung von Maßnahmen des Natur- und Artenschutzes, der Landschaftspflege sowie der naturverträglichen Erholung in Naturparken)

Vergangenen Sommer wurde eine Firma beauftragt, das Bachbett zur Wahrung des Hochwasser-

schutzes erneut von allem Bewuchs zu befreien. Aufgrund des völlig ungeeigneten Zeitpunkts während der laufenden Brutsaison war die Zerstörung von Nestern und das Verenden von Jungtieren zu befürchten. Beschwerden von Bürgern führten dazu, dass die Gemeinde die Aktion zunächst auf der Hälfte der Strecke stoppte. Im Februar dieses Jahres wurde die Maßnahme fertig gestellt und der zweite Abschnitt des Bachbettes geräumt.

Das Wasserwirtschaftsamt Kronach rechtfertigte die Maßnahme als notwendig zur Reduktion der Hochwassergefahr. Der Wuchs von Weiden im Bachbett sei „unnatürlich“ und müsse daher entfernt werden. Somit sind, innerhalb kurzer Zeit und trotz aufwändiger Bachverlegung, erneut tiefgreifende Maßnahmen zum Hochwasserschutz notwendig geworden. Bei der Planung zur Verlegung des Bachbettes müssten die Abflussmenge und der hierfür notwendige Abflussquerschnitt eigentlich berücksichtigt werden. Auch ein sich natürlich einstellender Bewuchs sollte bei diesen Berechnungen mit einbezogen worden sein.

Neben den bereits oben formulierten Fragestellungen zu Notwendigkeit und Umfang sowie frühzeitige Benachrichtigung über Pflegemaßnahmen stellen sich am Rinniggraben folgende Fragen:

7. Wie kam es dazu, dass die Maßnahmen im Sommer zur Brutsaison in Angriff genommen wurden? Wurden die entsprechenden Fachbehörden (Wasserwirtschaft, Naturschutz) vorab einbezogen und deren Vorgaben berücksichtigt? Wird der Eingriff (Verlust von Nahrungs- und Bruthabitaten) ausgeglichen?
8. Weshalb wurde nach einem relativ kurzen Zeitraum erneut ein tiefgreifender Eingriff nötig? Was gab den Anlass?
9. War die Verlegung des Rinniggrabens nicht zielführend? Falls ja, worauf ist dies nach heutigem Kenntnisstand zurückzuführen?
10. Wurde für den verlegten Bachabschnitt ein Pflegekonzept erstellt?
11. Wurden für die Verlegung und die neuen Räumungsmaßnahmen Fördermittel (RZWas*) in Anspruch genommen?
12. Wie sieht die zukünftige Planung aus?

Mit freundlichen Grüßen,

Martina Scheuerer

Francois Gaborieau

Stellungnahme der Verwaltung

Die Unterhaltsmaßnahmen an den Gewässern werden entweder vom Technischen Bauamt der Verwaltung oder von außen (z.B. übergeordnete Behörden) initiiert. Sie werden in enger Absprache mit dem Wasserwirtschaftsamt und auch den Naturschutzbehörden durchgeführt. So auch die in der Anfrage genannten Abschnitte am Rinniggraben bei Neuses und dem Eggerbach östl. von Eggolsheim. Die dringende Notwendigkeit zur Durchführung war ebenfalls gegeben.

Den Belangen der Tier- und Pflanzenwelt kann leider nicht in bestem Maße und zu 100% Vorrang eingeräumt werden. Es sind unter anderem auch gewässertechnische Sachverhalte zu beachten. Wege an den Gewässern müssen gut befahrbar sein, teilweise ist der Hochwasserschutz zu berücksichtigen. Im Falle des Rinniggrabens bei Neuses ist das Gewässer auch Teil der Abwasseranlage. Auch hier sind technische Anforderungen schwerpunktmäßig zu beachten.

Der starke Bewuchs an den beiden genannten Gewässern hat bereits deren Funktion deutlich beeinträchtigt, sodass entsprechende Maßnahmen getroffen werden mussten. Zum Beispiel war

am Rinniggraben bei Neuses der Gewässerquerschnitt stark beeinträchtigt und die Sohle mit etwa einem halben Meter Schlick bedeckt.

Im Sommer des letzten Jahres hat es bei der Beauftragung eines externen Unternehmens für die Maßnahme am Rinniggraben ein Missverständnis gegeben. Die Maßnahme hätte zum Zeitpunkt August nicht durchgeführt werden sollen/dürfen. Sie wurde, nachdem die Verwaltung davon Kenntnis bekommen hatte sofort gestoppt und nun zu Ende geführt.

Zum Stichwort Fördermittel kann mitgeteilt werden, dass zur Erlangung relativ hohe Hürden genommen werden müssten (z.B. Erstellung eines Gewässerentwicklungskonzeptes, etc.). Die zu erwartenden Fördersätze sind gering (15%, in Ausnahmefällen bis zu 30%/50%). Um dem Anspruch der Förderprogramme gerecht werden zu können, muss definitiv auch ein wesentlich höherer Aufwand in der Gewässerpflege betrieben werden. Es entsteht zudem Handlungsdruck zur Erfüllung der Vorgaben. Die Ressourcen zur Durchführung müssen Personell wie finanziell vorgehalten werden. Ob die Fördermittel dies kompensieren ist zumindest fraglich.

Eine Information der Bevölkerung vor der Durchführung solcher Maßnahmen wäre sicherlich möglich, jedoch kann die Bürgerschaft generell auch in einem gewissen Maß darauf vertrauen, dass sowohl die Verwaltung und auch der Bauhof die Arbeiten an den Gewässern fachgerecht planen und im Rahmen der Möglichkeiten und Notwendigkeiten umsetzen.

Zur Kenntnis genommen

Beschluss:

Die Thematik der Biodiversität wird nochmals separat in einer Marktgemeinderatssitzung behandelt.

Einstimmig beschlossen Ja 19 Nein 0 Anwesend 19

7. Vorstellung Projektabschluss: Fairer leben - Fair erleben in Eggolsheim!

Zurückgestellt

8. Wünsche und Anfragen

8.1 Leerstandslotsen für die Ortschaften im Markt Eggolsheim

Zur Bearbeitung des Leerstandskatasters wird vom Allianzmanager Niklas Rhein die Hilfe ortskundiger Personen benötigt. Hier könnten die Marktgemeinderäte und Ortssprecher beispringen, um die von ihm erstellten Karten hinsichtlich Baulücken, Leerständen und potentiellen Leerständen sowie mindergenutzten Wohneinheiten nach den tatsächlichen Gegebenheiten vor Ort noch einmal zu beurteilen..

Anleitung:

Bitte überprüfen Sie die Bestandspläne auf Richtigkeit bzw. Aktualität! In den Plänen sind leerstehende Gebäude (rot), leerstehende landwirtschaftliche Anwesen (lila) und leerstehende Gewerbebetriebe (orange) eingezeichnet. In einigen Ortschaften sind bisher keine Leerstände verzeichnet. Sollte ein Leerstand mittlerweile wieder bewohnt bzw. sich gerade in der Sanierung

befinden, streichen Sie das Gebäude auf dem Plan bitte deutlich durch und fügen ggf. noch eine Anmerkung hinzu. Anmerkungen können Sie direkt in den Plan oder auf die Rückseite schreiben. Bei Leerständen mit bekannten schwierigen Eigentumsverhältnissen (Eigentümergeinschaften, alte bzw. kranke Eigentümer) sind Anmerkungen fürs weitere Vorgehen sehr hilfreich.

Sollten aktuell leerstehende Gebäude auf dem Plan fehlen bzw. falsch klassifiziert sein, können Sie diese entweder farbig markieren oder einfach im Plan beschriften. Wenn hier etwas wenig Platz ist, können Sie auch die Adresse als Leerstand auf der Rückseite des Plans notieren. Bei Fragen wenden Sie sich bitte an unseren Allianzmanager Niklas Rhein.

Zur Kenntnis genommen

8.2 Anfragen der Marktgemeinderäte

Vorgebrachte Anfragen und Hinweise wurden aufgenommen und an die Verwaltung weitergegeben.

9. Windkraftanlagen im Markt Eggolsheim und den Nachbarkommunen - akt. Sachstand

Bürgermeister Claus Schwarzmann informiert den Marktgemeinderat über den akt. Sachstand zum Thema Windkraftanlagen im Bereich Tiefenstürmig/Götzendorf und den Nachbargemeinden:

Die Bürgermeister von Buttenheim und Eggolsheim, Michael Karmann und Claus Schwarzmann wollen sich gemeinsam mit Ihren Marktgemeinderäten verstärkt um die Energiewende und den Klimaschutz kümmern. Deshalb werden derzeit die Möglichkeiten für die Nutzung der Windkraft in ihren Gemeinden untersucht. Dies wird im offenen Austausch mit den Nachbarkommunen, denen eine offene Zusammenarbeit angeboten wurde, getan. Erste Gespräche haben bereits stattgefunden.

Buttenheim und Eggolsheim haben sich um eine Unterstützung der vom Bayerischen Wirtschaftsministerium eingesetzten sogenannten „Windkümmerer“ beworben und eine Förderzusage erhalten. Der Freistaat will den Bau von Windkraftanlagen forcieren, um die Energiewende im Sinne des zwingend nötigen Klimaschutzes im festgelegten zeitlichen Horizont tatsächlich zu schaffen. An diesem wichtigen Ziel sollen sich die Kommunen in Bayern so gut wie möglich beteiligen. Buttenheim und Eggolsheim tun das.

Der Ausstieg aus der Atomkraft ist ebenso beschlossene Sache wie das Ende der Kohleverbrennung. Gleichzeitig stoßen große Stromtrassen, die Nord- und Süddeutschland verbinden, auf große Ablehnung in der Bevölkerung. Die Konsequenz daraus ist die Notwendigkeit einer zunehmend dezentralen, regionalen Stromerzeugung. Neben Wasserkraft, Biogas und Photovoltaik spielt in hiesigen Breiten vor allem die Windkraft eine wichtige Rolle. Anders als oftmals kommuniziert, sind auch in Süddeutschland Standorte mit einer geeigneten Topografie wirtschaftlich zu betreiben.

Solche Standorte gibt es in den Gemeindegebieten von Buttenheim und Eggolsheim. Deshalb sind beide Gemeinden seit Anfang des Jahres Mitwirkende an der Initiative „Aufwind“ des Bayerischen Wirtschaftsministeriums.

Nach einstimmigen Abstimmungen für die Windkraft in den Marktgemeinderäten in Buttenheim, Eggolsheim und dem Rat der Stadt Ebermannstadt werden mögliche Standorte untersucht. Dabei sind unterschiedliche rechtliche Belange wie Regionalplanung, Naturschutz, Landschaftsschutz, Baurecht oder Flugsicherung zu beachten. Besonders wichtig und entscheidend ist zudem die Akzeptanz in der eigenen Bevölkerung sowie die Abstimmung mit den Nachbargemeinden.

Sollten die Voraussetzungen für Windenergieanlagen im Bereich der beiden Gemeinden und der angrenzenden Gebiete der Nachbarkommunen geschaffen werden können, stehen regionale Finanzierungs- und Betriebsmodelle im Vordergrund, die eine Wertschöpfung vor Ort mit Beteiligung der Bürgerschaft gewährleisten. Buttenheim und Eggolsheim sind sich einig, dass in solche Modelle die Nachbargemeinden sowie die beiden anderen Mitgliedsgemeinden der Allianz Regnitz-Aisch, einbezogen werden. Die regionale Stromerzeugung als interkommunales Projekt zu begreifen, das ist der Ansatz der Bürgermeister Michael Karmann und Claus Schwarzmann.

Zur Kenntnis genommen

Mit Dank für die gute Mitarbeit schließt Erster Bürgermeister Claus Schwarzmann um 19:02 Uhr die öffentliche Sitzung des Marktgemeinderates.

Anschließend findet eine nichtöffentliche Sitzung statt.

Claus Schwarzmann
Erster Bürgermeister

Ivonne Dötzer
Schriftführung